

## Niederschrift

über die 23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.02.2019  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2 Kindertagesstättenbedarfsplanung 2019/2020 Vorlage: FB2/0899/2019</b> .....	5
<b>3 Satzung der Stadt Meerbusch über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: FB2/0900/2019</b> .....	7
<b>4 Einrichtung von Übergangsgruppen zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz Vorlage: FB2/0903/2019</b> .....	8
<b>5 Vereinbarung über die Aufgabenübertragung im Bereich der Adoptionsvermittlung Vorlage: FB2/0897/2019</b> .....	8
<b>6 Anträge</b> .....	8
<b>6.1 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2019: Planung und Neubau von Kindertageseinrichtungen</b> .....	8
<b>6.2 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2019: Kita-Navigator</b> .....	9
<b>7 Anfragen</b> .....	10
<b>8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	10
<b>9 Termin der nächsten Sitzung: 25. Juni 2019 nach Langzeitplan</b> .....	10
<b>10 Verschiedenes</b> .....	10
<b>10.1 Veräußerung des Kita-Grundstücks Am Flehkamp 12 - Kinderzentrum Kunterbunt</b> .....	10
<b>10.2 Identitätsstiftendes Objekt für Meerbusch / A 57 Abfahrt Boverth</b> .....	10
<b>10.3 Konzept für eine mobile Jugendsozialarbeit</b> .....	11
<b>10.4 Stadtjugendring</b> .....	11

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

**In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen**

Herr Morice-Constantin Ippers Sachkundiger Bürger anwesend bis TOP 10, 18.55 Uhr

**Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind**

Frau Brigitte Scheer Freie Vereinigungen

**Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind**

Frau Sigrid Brennecke NABU

Herr Dr. Andreas Drexler Jugendverbände

Frau Elisabeth Funke OBV Meerbusch e.V.

**Beratende Mitglieder**

Herr Hans-Jürgen Barbarino Stadtjugendring

Frau Julia Lung Katholische Kirchengemeinden

Frau Ingrid Maas Integrationsrat

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Frau Rosalia Helbig Fachbereich 2

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Frau Susanne Rieth Fachbereich 2

Frau Birgit Smitmans Fachbereich 2

**Schriftführerin**

Frau Angela Römmler-Graf

Fachbereich 2

es fehlen:

**In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen**

Frau Monika Driesel

Sachkundige Bürgerin

vertreten durch Herrn Ippers bis TOP  
10, 18.55 Uhr

**Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind**

Herr Christian Bößen

Förderkreis Lanker Pfadfinder  
e.V.

Herr Markus Lange

BDKJ

**Beratende Mitglieder**

Herr Frank Bachmann

Untere Schulaufsichtsbehörde

Herr Dr. Andreas Doll

Jugendamtselternbeirat

Frau Martina Ketzer

Evangelische Kirchengemeinde

Herr Peter Schmitz

Agentur für Arbeit

Herr Ulrich Steeger

Familiengericht

Herr Bernd Zimmerling

Polizeibehörde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie verweist auf die eingegangenen Anträge der *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*. Der Antrag zu Planung und Neubau von Kindertageseinrichtungen wird zusammen mit der Vorlage zu TOP 2 behandelt. Sonstige Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Sodann verabschiedet Vorsitzende Schoppe Herrn Udo Holländer anlässlich seines bevorstehenden Eintritts in den Ruhestand. Herr Holländer war bis zu seinem Ausscheiden ca. 30 Jahre als pädagogische Fachkraft im Ev. Jugendzentrum Katakombe tätig. Vorsitzende Schoppe wünscht Herrn Holländer im Namen des Ausschusses alles Gute für die Zukunft.

Zudem teilt Vorsitzende Schoppe mit, dass die langjährige Ratsfrau Helga Hermanns am 23.02.2019 verstorben ist; es erfolgt eine Gedenkminute.

## Öffentliche Sitzung

### 1 Einwohnerfragestunde

Fragesteller 1, [REDACTED], bringt insbesondere unter Hinweis auf TOP 4 der Sitzung seine Besorgnis zum Ausdruck, dass die Qualität der Kindertagesbetreuung in Meerbusch aufgrund flächendeckend knapper Personalbestände und einer hohen Fluktuation in den Einrichtungen leide. Angesichts von 405 fehlenden Betreuungsplätzen appelliert er an die Politik, die Verwaltung durch Bereitstellung ausreichender Finanzmittel in die Lage zu versetzen, hier Abhilfe schaffen zu können. Insbesondere verweist er auf die Möglichkeit von unbefristeten Arbeitsverträgen, um Meerbusch als Arbeitgeber attraktiver aufzustellen.

Ratsherr Fliege unterstützt die Ausführungen des Fragestellers; er sei der Auffassung, dass die Stadt bei der Planung neuer Wohngebiete den bedarfsgerechten Ausbau auch der sozialen Einrichtungen verschlafen habe. Anliegen von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* sei eine tragfähige Lösung für die Zukunft, allerdings seien keine schnellen Ergebnisse möglich. Die Politik tue ihr Bestes auch zur Schaffung neuer Stellen; die Umsetzung sei jedoch Aufgabe der Verwaltung.

Ratsherr Wartchow bestätigt, dass Meerbusch beim bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze zwischenzeitlich unter Druck sei, er sehe jedoch keine Versäumnisse. Die jährliche Kindergartenbedarfsplanung habe prognostischen Charakter, die Umsetzung hänge der Realität daher immer hinterher. Bisher sei die Stadt gut aufgestellt gewesen. Auch schaffe der Rat die erforderlichen Stellen, die Umsetzung erfolge durch die Verwaltung. Nach seiner Kenntnis werde eine Befristung nur bei Sachgrund vorgenommen. Zur Klärung bittet er die Verwaltung zur nächsten JHA-Sitzung um eine Auflistung über die Zusammensetzung des Personals unter Angabe der verschiedenen Befristungsgründe.

Sachkundige Bürgerin Funke ergänzt, dass der Fachkräftemangel im Bereich der Kinderbetreuung ein bundesweites Problem darstelle, das ihres Erachtens nur über höhere Wertschätzung und bessere Entlohnung gelöst werden könne.

Ratsherr Neuhausen unterstützt den Vorschlag von Ratsherrn Wartchow und bittet die Verwaltung vorab um eine Stellungnahme zum Stand der Dinge.

Erster Beigeordneter Maatz weist auf die verschiedenen Aspekte der Einwohnerfrage hin. Insbesondere sei zu prüfen, wie Meerbusch noch mehr als attraktiver Arbeitgeber herausgestellt werden könne. Bereits jetzt würden die bestmöglichen Voraussetzungen geboten; sofern bekannt, gehe die Verwaltung aktiv auf potentielle Bewerber zu. Die Kommune unterliege als Mitglied des kommunalen

len Arbeitgeberverbandes der Tarifvertragsbindung, Personalförderungsmaßnahmen seien selbstverständlich und Befristungen als Instrument des Arbeitsrechtes erfolgten nur mit Sachgrund. Befristungen seien definitiv kein Instrument zur Einsparung von Personalkosten. Aber auch in allen benachbarten Kommunen bestehe die Herausforderung, Bedarf und Angebot an Betreuungsplätzen in Einklang zu bringen und das erforderliche Fachpersonal zu gewinnen. Keinesfalls habe die Stadt die Entwicklung verschlafen. Die Daten des Landesbetriebs IT.NRW zeigten landesweite Bedarfe an Betreuungsplätzen. Insbesondere in den vergangenen zwei Jahren seien höhere Geburtenraten eingetreten als prognostiziert. Die Reaktion könne naturgemäß nur verzögert erfolgen, so dass für die Übergangszeit mit Überbelegungen und provisorischen Gruppen gearbeitet werden müsse.

Bezüglich der diskutierten Befristung von Arbeitsverträgen verweist Erster Beigeordneter Maatz auf den Ratsbeschluss, Befristungen ausschließlich mit Sachgrund vorzunehmen. Er sagt eine differenzierte Darstellung der Befristungsgründe nach Zahlen oder prozentualen Anteilen zu. Steuerungsrelevante Erkenntnisse ließen sich daraus jedoch nicht ableiten.

Vorsitzende Schoppe erklärt, dass sie die Diskussion mit der Politik aufgrund der aktuellen Problematik entgegen den Regularien zugelassen habe. Die dargestellte Thematik sei bei allen Ausschussmitgliedern angekommen.

Der Fragesteller 1 autorisiert die Verwaltung abschließend zur Weitergabe seiner Kontaktdaten an interessierte Eltern und an die Ausschussmitglieder.

Bezüglich der ergänzenden Frage der Fragestellerin 2, [REDACTED], weist Erster Beigeordneter Maatz darauf hin, dass Angelegenheiten, die Beschlussgegenstand der Tagesordnung seien, nicht in der Einwohnerfragestunde behandelt werden könnten.

Fragestellerin 3, [REDACTED], bittet um Auskunft zum Stand der Vertretungsregelung in der Kindertagespflege. Fachbereichsleiter Annacker berichtet, dass es trotz intensiver Suche noch nicht gelungen sei, die Springerstelle zu besetzen. Die Bemühungen würden unvermindert fortgesetzt.

## **2 Kindertagesstättenbedarfsplanung 2019/2020** **Vorlage: FB2/0899/2019**

### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegende einrichtungsscharfe Planung für die Versorgung im Kita-Jahr 2019/2020 und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Kindpauschalen zum 15.03.2019 zu beantragen.
2. In Abweichung zu den hier vorgelegten Planungen, kann es, bis zum verbindlichen Stichtag für die Meldung der Platzbelegungen an das Land Nordrhein-Westfalen am 15.03.2019, zu leichten Veränderungen kommen. Die Verwaltung wird ermächtigt, in Abstimmung mit der Jugendhilfeplanung und den Trägern, über diese Veränderungen sowie die Kita Zuordnung der zusätzlichen Gruppen in Büderich und Osterath zu entscheiden.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Realisierung individueller Rechtsansprüche ggf. erforderliche weitere Plätze im Kita-Jahr 2019/2020 durch Übergangslösungen zu schaffen und diese im Rahmen der Endabrechnung nach dem Kinderbildungsgesetz im Nachhinein mit dem Land abzurechnen.
4. Die Anerkennung der plusKITA- und Sprachfördereinrichtungen wird um ein Kita-Jahr verlängert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz führt in die Beratung ein und verweist auf die jährlich wiederkehrende Kindergartenbedarfsplanung als Grundlage für die zum 15.03. jeden Jahres einrichtungsscharf beim Land zu beantragenden Kindpauschalen. Bereits zur Haushaltssitzung im November 2018 sei mit einem Zwischenbericht deutlich gemacht worden, dass auch im Kindergartenjahr 2019/220 Überbelegungen (126 Plätze) und Provisorien (140 Plätze) erforderlich seien, um die Bedarfe zu decken. Für den Monat April 2019 kündigt er daher noch vor der Ratssitzung am 11.04.2019 eine Sondersitzung an, die sich mit einer neu zu planenden Regeleinrichtung zu befassen haben werde.

Ratsherr Fliege bemängelt an der äußerst umfangreichen Vorlage der Verwaltung, dass keine klaren Ergebnisse formuliert seien und bittet um Angabe, wie viele Plätze letztendlich fehlten.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert den Bedarf aus der Vorlage heraus wie folgt:

**128 Ü3-Betreuungsplätze** (Kinder mit Rechtsanspruch lt. Kita-Navigator abzüglich freier Plätze)

**275 U3-Betreuungsplätze** (Kinder mit Bedarf lt. Kita-Navigator abzüglich freier Plätze)

Ratsherr Fliege verweist auf den ergänzenden Antrag von *Bündnis90/DIE GRÜNEN* auf Planung und Neubau von Kindertageseinrichtungen und appelliert an den Ausschuss, sich – auch gegenüber weiteren an einer Umsetzung beteiligten Fachausschüssen - entsprechend zu positionieren. Auch seien Alternativen wie z.B. ein Waldkindergarten zu prüfen.

Vorsitzende Schoppe erläutert zunächst, dass die Verwaltung bereits im Rahmen der Haushaltsberatung beauftragt worden sei, die Umsetzung der Beschlüsse zum Ausbau der Betreuungsplätze im laufenden Prozess zu realisieren. Die intensiven Bemühungen der Verwaltung nähmen naturgemäß Zeit in Anspruch.

Bezüglich der Überlegung zur Einrichtung eines Waldkindergartens erklärt Fachbereichsleiter Annacker, dass bereits im letzten Jahr im HFWA dazu berichtet worden sei. Für Meerbusch stelle dies keine vernünftige Lösung dar. So bedürfe es für die Betreuung von insgesamt 15 Kindern mindestens einer zusätzlichen Fachkraft, auch stehe räumlich keine Kindertageseinrichtung als Station zur Verfügung. Für Bauwagen und sanitäre Einrichtungen würden zudem erhebliche Investitionen erforderlich. Im Ergebnis könne ein Waldkindergarten in Meerbusch keine Alternative zu Provisorien und Überbelegungen sein.

Ratsherr Eimer erinnert daran, dass die Betreuungssituation in Meerbusch seit längerem bekannt und diese Entwicklung bereits zu Zeiten der schwarz-grünen Kooperation unzureichend beachtet worden sei. Zudem seien diverse Grundstücke aus verschiedenen Gründen verworfen worden. Die Verwaltung bemühe sich seit Jahren, zusätzliche Kinderbetreuungsplätze zu schaffen. Der Antrag von *Bündnis90/DIE GRÜNEN* sei daher nicht grundlegend neu, zumal der Grundsatzbeschluss zum Bau neuer Kindertageseinrichtungen bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen gefasst sei. Die Punkte 1 bis 3 des Antrages wären damit bereits erledigt. Nun sei erforderlich, auch außerhalb von Osterath weitere geeignete Grundstücke zu finden, wobei es die „Kita vor der Haustür“ wohl künftig nicht mehr grundsätzlich geben könne. Dem Antrag von *Bündnis90/DIE GRÜNEN* folgend könnte der JHA nochmals einen entsprechenden Appell beschließen; ein inhaltlich neuer Beschluss werde damit aber nicht gefasst. Gegen die Einrichtung eines Waldkindergartens habe die SPD-Fraktion im Übrigen große Bedenken.

Ratsherr Wartchow unterstützt diese Ausführungen und erklärt, dass die Vorlage der Verwaltung umfangreich mitgetragen werde. Dass die Umsetzung veränderter Bedarfe der aktuellen Situation nur nachfolgen könne, sei systemimmanent, ein Bau von Kitas auf Vorrat nicht möglich. In den vergangenen 3 Jahren sei ein nicht linearer Zuwachs zu verzeichnen, der Planungshorizont jedoch beschränkt. Den Antrag von *Bündnis90/DIE GRÜNEN* halte er für überflüssig, da über alle Punkte bereits mehrfach gesprochen worden sei und alle Fragen durch die Beratungsvorlage beantwortet würden.

Auch Ratsherr Neuhausen sieht die Punkte 1 bis 3 des Antrages von *Bündnis90/DIE GRÜNEN* als erledigt an. Eine Beschlussfassung über die Punkte 4 und 5 halte er jedoch für sinnvoll, um den Druck auf alle Beteiligten zu erhöhen. Daraus sollten sich Prüfaufträge an die Verwaltung ergeben, um dezidierte Antworten zu erhalten.

Ratsherr Fliege zieht sodann unter der Maßgabe, dass die Prüfaufträge wie unter Punkt 4 und 5 ausgeführt, beschlossen würden, die Punkte 1 bis 3 des Antrages zurück.

Erster Beigeordneter Maatz verweist abschließend nochmals auf die zur Haushaltsberatung 2018 eingegangenen Anträge von CDU und *Bündnis90/DIE GRÜNEN* und die einstimmige Beschlussfassung im HFWA, womit die Verwaltung nochmals ausdrücklich mit der Planung und Realisierung weiterer Betreuungsplätze beauftragt worden sei. Die eigentliche Herausforderung liege hierbei in den planungsrechtlichen Belangen, da keine große Auswahl an geeigneten Grundstücken gegeben sei. Um Ableitungen zu Standortentscheidungen und ggf. sich daraus ergebende Aktualisierungen im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses vornehmen zu können, erfolgten nunmehr jährlich zum Stand 31.12. Auswertungen aus dem ISEK-Datenmonitoring– so z.B. auch der Zuzug von Kindern in das Ostara-Neubaugbiet. Ziel sei immer eine zeitnahe Realisierung von Projekten.

Sodann erfolgt die Abstimmung zunächst zum Antrag von *Bündnis90/DIE GRÜNEN*, Ziffer 4 und 5. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Protokollierung erfolgt unter TOP 6.1.

Abschließend erfolgt die Abstimmung zur Verwaltungsvorlage.

### **3        Satzung der Stadt Meerbusch über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: FB2/0900/2019**

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Änderungen der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege und empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die als Anhang beigefügte V. Änderungssatzung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege (Anlage 1) zu beschließen.

Die laufenden Geldleistungen werden – dem Beschluss des HWFA vom 06.12.2018 folgend – mit Wirkung vom 01.01.2019 rückwirkend wie folgt festgesetzt und in der Folgezeit jährlich unter Bezugnahme auf den Durchschnitt der Geldleistungsbeträge in den umliegenden Vergleichskommunen um 1,5% erhöht:

- für Tagespflegepersonen, die Kinder in ihrem Haushalt oder in angemieteten Räumen betreuen auf 3,81 € (Stufe 1 – Grundqualifikation) und 4,99 € (Stufe 2 – Aufbauqualifikation)
- für Tagespflegepersonen, die Kinder im Haushalt der Personensorgeberechtigten betreuen sowie für eine Betreuung im Rahmen der Verwandtenpflege auf 2,39 € (Stufe 1) und 3,43 € (Stufe 2)

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig nach Vorlage.

**4        Einrichtung von Übergangsgruppen zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz**  
**Vorlage: FB2/0903/2019**

Erster Beigeordneter Maatz fasst die Informationsvorlage nochmals kurz zusammen. Insgesamt sei als kurzfristige temporäre Lösung die Einrichtung von 6 zusätzlichen Gruppen vorgesehen mit dem Ziel des schnellstmöglichen Abbaus der Provisorien in Regelgruppen. In diesem Zusammenhang verweist Erster Beigeordneter Maatz nochmals auf die vorgesehene Sondersitzung des JHA vor der nächsten Ratssitzung am 11.04.2019, in der es um den Errichtungsbeschluss für die Kindertageseinrichtung in Osterath auf einem nicht städtischen Grundstück im Neubaugebiet Schweinheimer Kirchweg und das Ergebnis des bereits laufenden Interessenbekundungsverfahrens für die Trägerschaft der geplanten 6-gruppigen Einrichtung gehen werde.

Ratsherr Neuhausen betont, dass bisher insbesondere Osterath und Büderich im Fokus der Planungen stünden. Bei den mittelfristigen Planungen dürfe auch Lank-Latum – bisher mit der Möglichkeit des Ausgleichs in Bösinghoven und Strümp – nicht vergessen werden.

Erster Beigeordneter Maatz verweist hier nochmals auf die nunmehr jährlich erfolgende Auswertung des Datenmonitorings jeweils zum 31.12., verbunden mit der Hoffnung, dass verwertbare Zahlen möglicherweise bereits vor der Sommerpause zur Verfügung stünden.

**5        Vereinbarung über die Aufgabenübertragung im Bereich der Adoptionsvermittlung**  
**Vorlage: FB2/0897/2019**

Auf Nachfrage von Ratsherrn Jörgens nach den Folgen einer möglichen Ablehnung des Beschlussvorschlages erläutert Fachbereichsleiter Annacker, dass sich der Alternativvorschlag zwischenzeitlich bereits aufgrund der Zustimmung des Rhein-Kreis Neuss zur Kooperation mit dem Jugendamt Neuss überholt habe.

Auf weitere Nachfrage von Ratsherrn Jörgens hinsichtlich der Mehrkosten wird einvernehmlich beschlossen, die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung unter TOP 11 fortzusetzen.

**6        Anträge**

**6.1      Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2019: Planung und Neubau von Kindertageseinrichtungen**



**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auch Alternativen / Modelle zur zeitnahen Umsetzung zu überprüfen, wie
  - a. die Einrichtung von Waldkindergärten an konkreten Flächen, z.B. Am Eisenbrand
  - b. die Umwandlung der ehemaligen Barbara-Gerretz-Schule in eine Kindertageseinrichtung
  - c. die Errichtung von Kindertageseinrichtungen in Fertigbauweise
  - d. die Prüfung nicht städtischer Anbieter
  - e. die Unterbringung in anderen leerstehenden Gebäuden als Zwischenlösung.
 Die Verwaltung wird um weitere Überlegungen gebeten, z.B. Kita in Kombination mit Wohnungsbau.
  
2. Für alle Planungen von Baugebieten, inklusive bereits eingeleiteter Aufstellungsbeschlüsse, ist die Berücksichtigung von Kindertageseinrichtungen zu prüfen, bis der Platzbedarf sicher gedeckt ist. Für Büderich sind folgende mögliche Standorte zu prüfen:
  - Eisenbrand
  - südlich Kantstraße
  - Bereich Am Kapittelsbusch – hinter dem AWO-Gebäude
  - zwischen Grünstraße und Nordstraße
  - Im Areal Böhler

**Abstimmungsergebnis:      einstimmig**

Die Beratung ist unter TOP 2 protokolliert.

**6.2      Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2019: Kita-Navigator**

Ratsherr Fliege begründet den Antrag und erläutert, dass der Kita-Navigator an sich zwar ein gutes Instrument, allerdings in der Praxis – insbesondere bei Mehrfachmeldungen – nicht ohne Probleme sei. Es stelle sich daher die Frage nach Alternativen.

Fachbereichsleiter Annacker erläutert, dass dieses Produkt der ITK Rheinland inzwischen bei über 40 Kommunen in NRW im Einsatz sei. Er halte den Navigator grundsätzlich für ein gutes Programm, das den Eltern ermögliche, jederzeit alle Betreuungswünsche anzumelden. Hier entstehe aber z.B. die Unwägbarkeit, dass Eltern bereits U3-Bedarf meldeten in der Annahme, dann auch einen Ü3-Platz sicher zu haben. Hier hoffe die Verwaltung künftig auf solidere Zahlen durch das Monitoring. Grundsätzlich bestünden verwaltungsseitig keine Ambitionen, den Kita-Navigator durch ein anderes Produkt zu ersetzen. Das Programm sei inzwischen etabliert; die Herstellung der Kompatibilität habe bei einigen freien Trägern zudem zu nicht unerheblichen Aufwänden geführt.

Fachbereichsleiter Annacker führt weiter aus, dass die Vermittlung von Tagespflegepersonen bisher nicht über den Kita-Navigator erfolge, da dann von einem deutlich höheren Aufwand für die Tagespflegepersonen ausgegangen werde. Es seien voraussichtlich auch Anfragen zu bearbeiten, wenn aktuell kein freier Platz angeboten werden könne. Das bisherige Verfahren der Vermittlung durch das Jugendamt werde priorisiert.

Ratsherr Fliege führt aus, dass mit dem Antrag das Ziel verfolgt worden sei, ein besseres Zahlenmaterial für die Bedarfsplanung zu erhalten. Dies werde bereits durch das Datenmonitoring erhofft. Der Antrag werde daher zurückgezogen. Die Verwaltung werde aber gebeten, mit der ITK Rheinland zu klären, ob andere Auswertungen eine verlässlichere Zahlenbasis liefern könnten.

## **7 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

## **8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Die Beschlussstand ist der Einladung beigelegt.

## **9 Termin der nächsten Sitzung: 25. Juni 2019 nach Langzeitplan**

Vor der Ratssitzung am 11. April 2019 ist eine Sondersitzung des JHA vorgesehen. Der Termin wird noch bekannt gegeben.

## **10 Verschiedenes**

### **10.1 Veräußerung des Kita-Grundstücks Am Flehkamp 12 - Kinderzentrum Kunterbunt**

Erster Beigeordneter Maatz berichtet über den beabsichtigten Verkauf des Kita-Grundstücks Am Flehkamp 12 in Büderich:

Die Kinderzentren Kunterbunt Immobilien GmbH & Co. KG hat im Jahr 2012 das Grundstück „Am Flehkamp 12“ in Meerbusch Büderich erworben und eine fünfgruppige Kindertageseinrichtung auf diesem Grundstück errichtet - in 2018 wurde eine 6. Gruppe angebaut und in Betrieb genommen.

Die Kinderzentren Kunterbunt gGmbH hat dieses Gebäude als Träger von der Immobiliengesellschaft angemietet und führt seit dem 01.01.2014 dort diese Kindertageseinrichtung.

Die Kinderzentren Kunterbunt gGmbH möchte sich von ihren Immobilien langfristig trennen und sich auf das Kerngeschäft „Kinderbetreuung“ konzentrieren. Als zukünftiger Erwerber tritt eine Kapitalverwaltungsgesellschaft auf, die im Auftrag für einen Immobilienspezialfonds einer großen Versicherungsgesellschaft tätig wird. Der Erwerber hat zugesichert, in alle bestehenden Verträge, Verpflichtungen und Kooperationen zwischen der Kinderzentren Kunterbunt Immobilien GmbH & Co. KG, der Kinderzentren Kunterbunt gGmbH und der Stadt Meerbusch einzutreten, ohne die Bedingungen zu verändern.

### **10.2 Identitätsstiftendes Objekt für Meerbusch / A 57 Abfahrt Bovert**

Auf Nachfrage von Rats Herrn Neuhausen zum Stand des Projektes berichtet Erster Beigeordneter Maatz, dass am 01.03.2019 ein Termin beim Landesbetrieb anstehe, um die weiteren Schritte zu besprechen und die Voraussetzungen der Genehmigung durch den Landesbetrieb zu klären.

### **10.3 Konzept für eine mobile Jugendsozialarbeit**

Auf Nachfrage von Ratsherrn Eimer berichtet Fachbereichsleiter Annacker, dass die Vollzeitstelle für mobile Jugendsozialarbeit ausgeschrieben sei und die Vorstellungsgespräche Mitte März erfolgten. Ziel sei eine schnellstmögliche Einstellung, damit die Arbeit starten könne.

### **10.4 Stadtjugendring**

Auf Nachfrage von Ratsherrn Jörgens sagt Fachbereichsleiter Annacker zu, die Satzung des Stadtjugendrings, wie bereits im November 2018 besprochen, auf der Homepage der Stadt Meerbusch einzustellen.

Um 18.55 Uhr schließt Vorsitzende Schoppe den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Sitzung wird ohne Unterbrechung fortgesetzt.

Meerbusch, den 26. März 2019

---

Petra Schoppe  
Ausschussvorsitzende

---

Angela Römmler-Graf  
Schriftführer/in